

Niederschrift



Gremium: **14. Sitzung des Kreisausschusses (im Anschluss an die Kreistagssitzung)**

Sitzungsdatum: **Montag, den 27.07.2009**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:35 Uhr

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

Manfred Buhl
Hans-Peter Dangl
Ludwig Fröhlich
Harald Güller
Bernhard Hannemann
Dr. Michael Higl
Ursula Jung
Georg Klaußner
Albert Lettinger
Heinz Liebert
Bernd Müller
Dr. Simone Strohmayer
Karl-Heinz Wagner
Mathilde Wehrle

Vertreter:

Peter Schönfelder

Vertretung für Herrn Bernd Müller

Verwaltung:

Peter Beck
Jürgen Pabel
Klaus Riehle

Schriftführerin:

Brigitte Art

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg;
Rahmenkonzeption
Vorlage: 09/0169
2. Abwicklung des Kreishaushaltes 2009 zum 30.06.2009
mit Quartalsbericht über die Abwicklung der Wirtschaftspläne zum 30.06.2009
Vorlage: 09/0163
3. Beteiligungsbericht 2008 des Landkreises Augsburg;
Aussprache
Vorlage: 09/0170
4. Verschiedenes
5. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

6. Besetzung der Position des Geschäftsführers bei der ASMV
Vorlage: 09/0171
7. Verschiedenes
8. Wünsche und Anfragen

Mit der den Mitgliedern zusammen mit der Einladung zugegangenen Tagesordnung besteht Einverständnis.

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 Seniorenpolitisches Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg;
Rahmenkonzeption
Vorlage: 09/0169**

Sachverhalt:

Das „**Seniorenpolitische Gesamtkonzept**“ als sozialpolitischer Gestaltungsauftrag an die Landkreise und Gemeinden war in der ersten Sitzung des Beirates für Soziales und Seniorenfragen am 30. 04. 2009 ausführlich dargestellt und über die Ziele, die die bayerische Staatsregierung damit verbindet, berichtet worden. Diesen Anforderungen und Empfehlungen folgend, verfasste die Verwaltung für die Planung ein **Rahmenkonzept**, das als Anlage beigefügt ist.

Beginnend mit der **demographischen Analyse** sollen im Laufe der nächsten ca. 15 Monate die Planungsinhalte in Module (Themenbereiche → Handlungsfelder → Maßnahmen- und Aufgabenkatalog) gefasst und nacheinander „abgearbeitet“ werden. Besonderer Wert wird dabei auf einen breit angelegten Diskussions- und Erkenntnisprozess gelegt, der seine fachliche Bewertung im Beirat für Soziales und Seniorenfragen erfährt, bevor die zuständigen politischen Gremien (Kreisausschuss, Kreistag) über das Gesamtwerk abschließend Beschluss fassen.

Die **Planungsverantwortung** bezüglich Inhalte, Verfahren und Gestaltung hat die Abteilung 4.2 und das Sachgebiet 43 (Soziales Betreuungswesen und Seniorenfragen).

Das umfangreiche Planverfahren muss als zusätzliche Aufgabe mit dem **vorhandenen Personal** erledigt werden. Zur wissenschaftlichen Beratung, Unterstützung und Mitwirkung ist es zwingend notwendig, **Dritte mit Teilaufgaben zu beauftragen**, so z. B. die Arbeitsgruppe für Sozialplanung (AfA), die Fa. SAGS oder andere. Dies wird von der Abteilung 4.2 **eigenverantwortlich** im Rahmen der zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel erledigt. Diese betragen für 2009 € 10.000. Zur Erfüllung der Planaufgaben werden diese Haushaltsansätze in den nachfolgenden Jahren entsprechend fortgeschrieben.

Überlegungen zum weiteren Vorgehen:

Zunächst werden **Themenbereiche** und die darin enthaltenen **Handlungsfelder** festgelegt. In drei Arbeitsschritten erfolgt dann

- eine Bestandserhebung,
- eine Bestandseinschätzung und
- eine Einschätzung der künftigen Entwicklung (Bedarf).

Zunächst wird anhand der der Landkreisverwaltung bereits vorliegenden Daten und Informationen eine **quantitative und qualitative Analyse für jeden Themenbereich und die entsprechenden Handlungsfelder** durchgeführt. Die Befunde und die sich daraus ergebenden Fragestellungen werden in **themenbezogenen Expertenrunden** diskutiert.

Auf der Grundlage dieser drei Arbeitsschritte wird dann ein **Maßnahmen- und Aufgabenkatalog** erstellt. **Zeitgleich** soll im Landkreis Augsburg ein Diskussions- und Erkenntnisprozess über die Bedürfnisse und Bedarfe der älteren Generation in Gang gesetzt werden, bei dem

alle beteiligten Akteure, d.h. die lokalen Fachexpertinnen, die Träger der Einrichtungen, die kreisangehörigen Gemeinden und Städte und die Bürgerinnen und Bürger **eingebunden** werden. **Expertenwissen** verbunden mit **lebenspraktischen Erfahrungen** und der **Kenntnis örtlicher Besonderheiten** sind eine Voraussetzung dafür, dass das Seniorenpolitische Gesamtkonzept möglichst **nachhaltig** ist und von allen Beteiligten umgesetzt wird.

Zunächst werden **drei zentrale Themenbereiche** ausgewählt:

- **Pflege und Betreuung,**
- **Wohnen im Alter und**
- **Hospiz- und Palliativversorgung**

Weitere Themenbereiche und Handlungsfelder sind aus der Rahmenkonzeption (siehe Anlage) zu entnehmen. Die Auswahl der Planungsinhalte und die einzelnen Planungsschritte erfolgen in enger Abstimmung mit dem Beirat für Soziales und Seniorenfragen. Grundsätzlich ist vorgesehen, dass die jeweiligen Ergebnisse aus den einzelnen Themenbereichen von der Verwaltung in den Seniorenbeirat zur Diskussion und empfehlenden Beschlussfassung eingebracht werden.

Herr Beck erläutert den Sachverhalt. Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, wurde folgender einstimmiger Beschluss gefasst.

Beschluss:

Der Kreisausschuss folgt der Empfehlung des Beirats für Senioren und Soziales vom 17.06.2009 und nimmt die als Anlagen 1 und 2 beigefügte Rahmenkonzeption zum Seniorenpolitischen Gesamtkonzept für den Landkreis Augsburg sowie das vorgesehene Planungsverfahren zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

**TOP 2 Abwicklung des Kreishaushaltes 2009 zum 30.06.2009
mit Quartalsbericht über die Abwicklung der Wirtschaftspläne zum 30.06.2009
Vorlage: 09/0163**

Sachverhalt:

Die vom Kreistag am 16.02.2009 beschlossene Haushaltssatzung wurde hinsichtlich der genehmigungspflichtigen Bestandteile durch die Regierung von Schwaben am 07.04.2009 genehmigt und rechtsaufsichtlich gewürdigt (Vorlage 09/0052; TOP 3 der KA-Sitzung vom 25.05.2009). In dieser rechtsaufsichtlichen Würdigung hat die Regierung von Schwaben festgestellt, dass der Landkreis Augsburg seine beträchtlichen Investitionen nur zu einem sehr geringen Anteil aus eigenen Mitteln finanziert. Nur die ansonsten geordnete Haushaltslage und der unterdurchschnittliche Verschuldungsstand (unmittelbare Verschuldung) ermöglichen es der Regierung, die beabsichtigte Neuverschuldung im Jahre 2009 zu billigen. Mit Blick auf die dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises mahnt die Regierung aber eine zeitnahe Rückführung der zusätzlichen Verschuldung an.

Mit Bekanntmachung im Kreisamtsblatt Nr. 16 am 16.04.2009 wurde die Haushaltssatzung 2009 rechtskräftig.

Die mittelbewirtschaftenden Abteilungen und Sachgebiete wurden inzwischen durch Rundschreiben darüber unterrichtet, dass der Kreishaushalt 2009 entsprechend der geltenden Bewirtschaftungsbestimmungen und nach Maßgabe der im Mittelbewirtschaftungsrundschreiben ausgesprochenen Regelungen vollzogen werden kann.

Seit einigen Jahren erfolgen neben den Berichterstattungen zum Kreishaushalt auch vierteljahresbezogen Zwischenberichte ausgewählter Beteiligungen des Landkreises Augsburg zur Abwicklung der dortigen Wirtschaftspläne. Die Berichterstattung zum 2. Quartal 2009 erfolgt nun mit dieser Vorlage.

A) Abwicklung des Kreishaushalts zum 30.06.2009

Zur Abwicklung des Kreishaushaltes 2009 liegen Gesamt- und Einzelbetrachtungen (Stand: 30.06.2009) bei. Aus diesen Abwicklungsübersichten kann aus den Vergleichen zwischen dem Haushaltsansatz und dem aufgelaufenen Anordnungssoll bzw. den Ist-Ausgaben eine tendenzielle Aussage darüber entnommen werden, in welcher Höhe die Planabwicklungen zwischenzeitlich bereits erfolgt sind. Berücksichtigt werden muss dabei jedoch, dass

- beim „aufgelaufenen Anordnungssoll“ auch bereits Jahressollstellungen enthalten sind und
- das „aufgelaufene Ist“ lediglich den Buchungsstand zum Abschlusstag wiedergibt.

Bei Investitionen aus dem Hoch- und Tiefbaubereich, beim Schuldendienst für aufgenommene Kommunaldarlehen und bei größeren Einzelausgaben beim Gebäudeunterhalt sind Auftragsvergaben für neu zu beginnende Vorhaben bzw. Verpflichtungen aus vorliegenden Zins- und Tilgungsplänen bereits mit erfasst.

Zum **Verwaltungshaushalt** darf begleitend auf Nr. 2.1 der Anlage 1 verwiesen werden. Ergänzend im Einzelnen:

Beim überlassenen Kostenaufkommen stellt sich die Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr inzwischen weiter rückläufig dar. So wurden zum 30.06.2009 zum entsprechenden Stichtag 2008 rund 200.000 € weniger eingenommen. Die Hochrechnung für dieses Jahr ergibt dem folgend zum Ansatz von 5.250.000 € voraussichtliche Mindereinnahmen von rund 403.800 €. In der Übersicht wird das aufgelaufene Soll zwar mit 48,68 % wiederge-

ben, was augenscheinlich etwa sechs Monaten entspräche, allerdings sind in diesen Einnahme bereits sieben Monate (einschließlich Dezember 2008) enthalten. Derzeit ist noch nicht zu überblicken, ob die aktuelle weltweite Wirtschafts- und Finanzsituation geeignet ist, das Kostenaufkommen nunmehr nachhaltiger zu stützen oder gerade hinsichtlich des Aufkommens im Bereich der Zulassungsstelle aufgrund von Stützungsmaßnahmen aus dem Konjunkturpaket II sogar auszuweiten.

In 2008 überstiegen die Isteinnahmen nach Berücksichtigung auch der Kassenreste den Ansatz von 5.487.000 € mit 50.000 €

Auch bei der überlassenen Grunderwerbsteuer zeichnen sich derzeit aufgrund des Hochrechnungsergebnisses für 2009 Mindereinnahmen in Höhe von etwa 623.000 € ab. Im Vergleich zum entsprechenden Stichtag 2008 bleiben die Einnahmen um 328.000 € zurück. So betrug die durchschnittliche Monatsrate für Dezember bis Mai rund 240.000 €. Um den Ansatz 2009 zu erreichen, werden aber im Durchschnitt monatliche Einnahmen in Höhe von etwas über 290.000 € benötigt. Die in dieser Betrachtung noch nicht enthaltene, für den Monat Juni überlassene Grunderwerbsteuerbeteiligung betrug rund 230.000 € und liegt damit noch unter dem bisherigen Durchschnitt.

Hinsichtlich der Personalkosten entspricht der Abwicklungsgrad insgesamt weiterhin im Wesentlichen den Ansätzen. Diese werden der Hochrechnungsprognose folgend voraussichtlich um ca. 266.000 € überschritten. Bereits berücksichtigt sind dabei auch Einmalzahlungen zum Jahresende. Ebenso berücksichtigt sind ferner die Auswirkungen der abgeschlossenen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sowie die Besoldungsanpassung bei den Beamten.

Die Ausgaben für den Straßenunterhalt im Zweckbindungsring 27 sind abweichend vom linear zu erwartenden Ausgabensoll deutlich erhöht. Insbesondere ursächlich hierfür ist der Winterdienst. Der risikobehaftete Ausgabenansatz 2009 ist bereits ausgeschöpft. Bei der Bestellung des Sommersalzes werden vorbehaltlich der Entwicklungen der weiter diesem Zweckbindungsring zugeordneten Haushaltsstellen voraussichtlich überplanmäßige Ausgaben entstehen.

Hinsichtlich der Gastschülerbeiträge ist darauf hinzuweisen, dass die Abrechnung mit der Stadt Augsburg bereits zu Soll gestellt ist, die Zahlungen aber natürlich erst jahresfortschrittsbezogen das Ist erhöhen.

Auffällig ist weiterhin der Deckungsring 29, Sachverständigenkosten, und hierbei insbesondere die Kosten für Statikprüfungen durch Dritte im Zuge von Baugenehmigungen. Diesen Ausgaben stehen grundsätzlich Einnahmen in mindestens derselben Höhe im Rahmen des oben beschriebenen Kostenaufkommens gegenüber, allerdings können diese über entsprechende Kostenvorschüsse seitens der Antragsteller bereits in früheren Haushaltsjahren vereinnahmt worden sein. Wie auch im Haushaltsjahr 2008 wird es hier in 2009 zu überplanmäßigen Ausgaben kommen.

Bei den weiteren Deckungs- und Zweckbindungsringen liegen die Ist-Ausgaben weitgehend entsprechend dem Jahresfortschritt im planmäßigen Bereich.

Die Sozialleistungen im Aufgabenbereich des örtlichen Sozialhilfeträgers liegen per 30.06.2009 hinsichtlich des Abwicklungsgrades mit 57,88 % (Ist) weitgehend im Bereich des Ausgabenbudgets. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass darin bereits teilweise Monatsläufe für Juli beinhaltet sind. Eine Prognose, ob das für 2009 bereitgestellte Ausgabenvolumen eingehalten werden kann, sollte zu diesem Zeitpunkt aber dennoch nicht getroffen werden. Verbindliche Aussagen über die genaue Höhe, insbesondere im Vergleich zu dem vom Landkreis zu finanzierenden ungedeckten Bedarf, der auch noch durch Einnahmen mit beeinflusst wird, sind derzeit noch nicht zuverlässig möglich. Eine differen-

ziertere Betrachtung erfolgt durch die Landkreisverwaltung in einer der kommenden Sitzung des Kreisausschusses.

Bei den Leistungen im Vollzug der Jugendhilfe (Abschnitt 45) liegt die Abwicklungsquote gebuchter Ausgaben einschließlich der Leistungen für Heimunterbringungen derzeit noch unter der sich für ein halbes Jahr ergebenden Abwicklung für 2009. Unter Berücksichtigung aller vorhandenen Daten ergibt sich in der Hochrechnung für das gesamte Jahr allerdings eine Überschreitung des Haushaltsansatzes um rund 330.000 €. Gegenüber dem Vormonat hat sich die Ausgabensituation damit deutlich eingetrübt. Ursächlich für diese Entwicklung ist weitestgehend die Tatsache, dass mehrere Fälle von anderen Ämtern in den Zuständigkeitsbereich des Landkreises Augsburg übergangen. Ein Teil der zu erwartenden Mehrausgaben wird wohl auch durch Mehreinnahmen abzufangen sein, dennoch ist zum momentanen Zeitpunkt nicht mit einem ausgeglichenen Haushaltsergebnis in der wirtschaftlichen Jugendhilfe zu rechnen. Abzuwarten bleibt auch, ob die zu erwartenden Beendigungen stationärer Maßnahmen und eine möglich Abgabe von Zuständigkeiten eine Entspannung bringen wird.

Was die Abwicklung des Vermögenshaushaltes betrifft, darf auf die Ziffer 2.2 in der Abwicklungsübersicht verwiesen werden.

Bei der Zuschussabwicklung entfällt ein großer Anteil des abgewickelten Betrages auf die Investitionspauschale nach Art. 12 FAG, die mit 1.530.000,00 € veranschlagt, in Höhe von tatsächlich 1.564.919,00 € bewilligt und zwischenzeitlich im Hälftebetrag von 782.459,00 € beim Landkreis eingegangen ist. Die übrigen zu Soll gestellten und vereinnahmten Zuschüsse betreffen überwiegend staatliche Zuwendungen zum Hoch- (72.000,00 €) und Tiefbau (108.000,00 €).

Bezüglich der im Kreishaushalt 2009 bereitgestellten Ausgabemittel für Hochbauinvestitionen sowie für Tiefbauvorhaben konnten vor Rechtskraft des Kreishaushaltes 2009 für Fortführungsvorhaben, einschließlich der in den Investitionsprogrammen für 2009 beschlossenen Maßnahmen, Aufträge vergeben werden. Im Wesentlichen ist hier zu nennen die Generalsanierung des Gymnasiums Königsbrunn mit inzwischen bis Ende Juni aufgelaufenen rund 6,5 Mio. € (Auftragsvergaben und Anordnungen).

Bislang belaufen sich die Abwicklungsgrade zuzüglich vergebener Aufträge im Bereich der Hochbauinvestitionen auf 70,46 % und im Tiefbau auf 2,83 %. Ergänzende Berichterstattungen über die Abwicklung der Investitionen im Hoch- und Tiefbaubereich einschließlich der Aufwendungen für den Gebäude- und Straßenunterhalt erfolgen zeitnah zuständigkeitshalber durch die Fachabteilung 6 im Bau- und Umweltausschuss. Diese Zwischenberichterstattung betrifft dann auch die Abwicklung von Haushaltsresten, welche in dieser Darstellung nicht beinhaltet sind.

Bei den vermögenswirksamen Beschaffungen sind auf der Grundlage des erst am 16.04.2009 rechtswirksam gewordenen Kreishaushalt 2009 bisher nur geringe Ergänzungs- und Neubeschaffungen durchgeführt worden.

Die sich aus vorliegenden Zins- und Tilgungsplänen ergebenden Tilgungen wurden in Höhe der Gesamtjahresverpflichtung zu Soll gestellt und entsprechend der bisherigen Fälligkeit abgewickelt.

Zur Finanzierung von bisher nur in geringem Umfang angefallenen Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen des laufenden Jahres 2009 mussten bisher noch keine Kreditaufnahmen in Anspruch genommen werden. Sobald größere Zahlungen für Investitionen aus bereits erfolgten oder bevorstehenden Auftragsvergaben geleistet werden müssen, stehen erste Kommunalkreditaufnahmen an.

Die bereits geleisteten Investitionszuweisungen betreffen im Wesentlichen Leistungen an den KZVA (1.188.100,00 €), die Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen (2.622.463,00 €) sowie an den AVV (24.525,00 €).

B) Quartalsberichterstattungen über die Abwicklung der Wirtschaftspläne zum 30.06.2009

- Abfallverwertung Augsburg GmbH (AVA) und AVA Re.Sort GmbH
Anlage 2 (Seiten 1 bis 8: Erläuterungen,
mit weiteren Anlagen 1 und 2: zusammengefasster Plan/Ist-Vergleich sowohl AVA GmbH als auch AVA Re.Sort GmbH)

Für den Berichtszeitraum 2. Quartal 2009 ergibt sich bei der AVA GmbH eine positive Planabweichung zum ursprünglichen Wirtschaftsplan beim Ergebnis vor Steuern (Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit) in Höhe von 1.327.000 €

Trotz dieser erfreulichen Entwicklung weist die Geschäftsleitung der AVA GmbH auf folgende erlösgefährdende Umstände hin:

- Verschiedene Erlöspositionen sind noch nicht verbucht
- Zu erwartende überproportional hohe Instandhaltungskosten im weiteren Verlauf des Geschäftsjahres für die Revision von drei Ofenlinien
- Noch nicht verbuchte Rückstellung für eine im Herbst geplante Aktion.

Unter Berücksichtigung dieser Umstände liegt das zu erwartende Ergebnis im Plan.

Bei der AVA Re.Sort GmbH weist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit für den Berichtszeitraum einen Wert von rund -260.000 €

Aus heutiger Sicht sind laut der Geschäftsführung die gebildeten Drohverlustrückstellungen (447.000 €) jedoch ausreichend, das Defizit des laufenden Jahres auszugleichen. Somit wird auf die AVA GmbH im Jahr 2009 keine weitere Belastung zukommen.

- Augsburger Verkehrsverbund GmbH (AVV)
Anlage 3

Der Buchungsstand zum 30.06.2009 lässt Verbesserungen erwarten; insbesondere in den dargestellten Erfolgsplanteilen „Geschäftsbetrieb“ und „Regionalbusverkehr“ sind aus der Sicht der Landkreisverwaltung Ansatzunterschreitungen zu erkennen. Gleiches gilt auch für die volumenmäßig unbedeutende Position „Finanzplan“. Die Geschäftsleitung geht von einer planmäßigen Abwicklung entsprechend dem Wirtschaftsplan 2009 aus.

- Krankenhauszweckverband Augsburg (KZVA)
Anlage 4 (Seiten 1 bis 5: Erläuterungen, Seite 6: Darlehenspiegel)

Die Quartalsberichterstattung vom 30.06.2009 kommt im Zwischenergebnis zu der Prognose, dass sich die kassenwirksame Umlage (Erfolgs- und Vermögensplan) um rund 2,3 Mio € verringern könnte.

Der auf den Landkreis Augsburg entfallende Anteil der Verbandsumlage könnte sich demzufolge von insgesamt 3.132.600 € auf 2.505.200 € vermindern, was einer Verbesserung des Ergebnisses um rund 627.400 € entspräche.

- Klinikum Augsburg
Anlage 5 (Seiten 1 bis 7: Erläuterungen, Seite 8: Maßnahmenübersicht)

Die Quartalsberichterstattung vom 19.06.2009 kommt im Zwischenergebnis (Stand 31.05.2009) zu der Prognose, dass zum Abgleich des Wirtschaftsplans 2009 voraussichtlich Minderausgaben gegenüber den Ansätzen zu erwarten sein werden.

Das im Wirtschaftsplan 2009 des Klinikums veranschlagte kassenwirksame Betriebskostendefizit aus dem Erfolgsplan beträgt 9.833.300 € (gesamt 10 Mio. €). Aus heutiger Sicht vermindert sich dieses um 2.111.200 € auf 7.722.100 €. Das Betriebsergebnis 2009 des Klinikums wird in den Landkreishaushalt 2010 einfließen.

- Wertachkliniken Bobingen und Schwabmünchen
Anlage 6

Der Planansatz für 2009 prognostizierte für beide Häuser zusammen einen Jahresfehlbetrag von 1.496.400 €. Demgegenüber kommt die Hochrechnung aus dem ersten Quartal auf einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von 156.493 €. Dies würde eine Ergebnisverbesserung um 1.652.893 € bedeuten. Die Wertachkliniken weisen aber mit Vorlage der Quartalsberichterstattung daraufhin, dass diese mit zahlreichen Unsicherheitsfaktoren behaftet ist. Insbesondere die Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen würden den Geschäftsverlauf der Wertachkliniken noch ganz maßgeblich beeinflussen.

Dennoch zeichnet sich aufgrund der Hochrechnung eine Verbesserung deutlich ab.

Im Anschluss an die Sachverhaltserläuterung durch **Herrn Pabel**, erkundigt sich **KR Lettinger**, weshalb die Auftragsvergaben im Tiefbaubereich nicht schneller voranschreiten.

Dies sei **Herrn Pabel** nicht bekannt. Über die Abwicklungen und Vergaben werde im Bauausschuss zeitnah berichtet. Hierzu müsse die Fachabteilung explizit befragt werden. In dieser Darstellung seien die Haushaltsreste nicht enthalten. Ein überwiegender Teil der Arbeiten laufen derzeit noch über Haushaltsreste.

KR Liebert stellt sich die Frage, weshalb überhaupt dann ein Haushaltsansatz vorgesehen wurde.

Der Vorsitzende stellt fest, dass aufgrund des Radwegeprogrammes gerade im Tiefbaubereich permanent Aufträge vergeben werden können, ohne auf den Haushalt Rücksicht nehmen zu müssen. Demnach müsste ein kontinuierliches Planen und Beauftragen möglich sein.

KR Lettinger erwähnt, dass durch Haushaltsreste auch Reserven geschaffen werden können. Dies mache nach Meinung **des Vorsitzenden** wenig Sinn. Die Verwaltung solle gebeten werden, dem Bauausschuss in der nächsten Sitzung zu berichten, weshalb die Auftragsvergaben nicht schneller voranschreiten.

Betreffend das Klinikum stellt **KR'in Strohmayer** fest, dass von dieser Sonderförderung für Geräte bislang wenig verbraucht wurde. Dies hänge wohl damit zusammen, dass die OP Säle noch nicht gebaut wurden. Derzeit stehen 6,9 Mio. € für das Wirtschaftsjahr 2009 zur freien Verfügung. Im Wirtschaftsjahr 2008 konnten aus diesen Mitteln lediglich Anschaffun-

gen in Höhe von 1,1 Mio. € getätigt werden. Die Frage, ob diese Sonderförderung verfallende, wenn sie nicht bis zu einem bestimmten Zeitpunkt abgerufen werde, verneint **Herr Püschel**. Diese Förderung sei an die Geräte gebunden und bleibe bis zur Beschaffung bestehen. Bis die eigentlichen OP Säle saniert seien, dauert noch. Ebenfalls im Zuge einer Sonderförderung werden derzeit die Provisorien errichtet.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Förderung an bestimmte Geräte zweckgebunden sei.

Für sehr positiv hält **KR Liebert** den Bericht der Wertachkliniken. Der Stand zum Halbjahr lasse ein Plus von 150.000 € erwarten, was hoffentlich auch am Ende des Jahres erreicht werde.

Überrascht zeigt er sich über die immer noch sehr hohen Kassenkredite, welche sich im Mai auf 44,1 Mio. Euro beliefen. Auf die Frage, weshalb diese permanent so hoch seien, war die damalige Antwort, dass nicht nur die laufenden Dinge sondern auch Investitionen hierüber finanziert werden. Deswegen wurde darauf gedrängt, die Investitionen aus den Kassenkrediten rauszunehmen und über Investivkredite zu finanzieren. Nicht verständlich sei nun, weshalb die Kassenkredite immer noch so hoch seien.

Herr Püschel erklärt, dass für die Vergangenheit 5 Mio. Euro aus den Kassenkrediten genommen wurden. Weiter wurden die Vorfinanzierungen für das Jahr 2009 im Rahmen zusätzlicher Kredite über den KZVA ausgelagert. Die Frage war, ob noch mehr Entlastung der Kassenkredite erfolgen sollte, was aber die Verschuldung des KZVA schlagartig erhöht hätte.

Die damalige Antwort auf die Frage, weshalb die Kassenkredite so hoch seien, war, dass diese Investitionen beinhalten. Diese Aussage, sei nach Meinung von **KR Liebert** jedoch dann falsch. Weiter bittet er explizit darzustellen, wie sich der Kassenkredit zusammensetze.

Auch **KR'in Strohmayer** zeigt sich verwundert, dass zum einen viel Geld nicht abgerufen werde und auf der anderen Seite stehe dem eine so hohe Verschuldung gegenüber.

Prinzipiell sei die Verschuldung laut **Herrn Püschel** niedriger geworden. Im letzten Jahr musste zeitweise ein Gesamtbetrag von 47 Mio. Euro und damit eine Überschreitung der Höchstgrenze verzeichnet werden. Für die Vergangenheit kam es zu einer Entlastung von 5 Mio. Euro und für die Zukunft habe man, um nicht die Kassenkreditgrenzen überschreiten zu müssen, entsprechend zusätzliche Kreditaufnahmen bei dem KZVA getätigt.

Auf die Frage von **KR Liebert**, wie hoch das Haushaltsvolumen sei, erklärt **Herr Püschel**, dass dies bei 310 Mio. Euro liegt. Daraufhin bemerkt **KR Liebert**, dass 14 % permanent fehlen.

Auch auffällig sei laut Meinung von **KR Lettinger** die Diskrepanz bei den durchschnittlichen Zinssätzen, die zwischen 1,45 % und 5 % liegen.

Der Vorsitzende schlägt vor, das Thema Kassenkredite durch die Verwaltung und das Klinikum bis zur nächsten Sitzung darstellen zu lassen.

Mit der Vorgehensweise besteht seitens der anwesenden Mitglieder Einverständnis.

KR Liebert stellt fest, dass der Kreistag über den Beteiligungsbericht befindet. Aufgrund der Anregung durch die SPD-Fraktion befindet sich dieser Bericht nochmalig auf der Tagesordnung. Nach Durchsicht stellt sich die Frage, ob der Landkreis sich überall beteiligen müsse. Zwei bereits diskutierte Themen seien ihm aufgefallen, welches aber nichts Fundamentales und Diskussionswürdiges darstellt.

Nach Ansicht von **KR Güller** solle künftig auf die Veröffentlichung der Gehälter Wert gelegt werden. Dies beinhalten die neuen Verträge bereits. Hierauf solle auch bei den Neuausschreibungen geachtet werden. Auch solle bei der Einstellung von Führungspersonen ein Augenmerk auf die zeitliche Befristung von Verträgen gelegt werden.

Laut **des Vorsitzenden** besteht Einigkeit, dass standartmäßig bei allen Besetzungen von Führungspositionen eine zeitliche Befristung aufgenommen werde. Standartmäßig seien für Spitzenpositionen 5 Jahre angedacht.

KR Hannemann vertritt die Meinung, dass der Beteiligungsbericht hinsichtlich einer gemeinsamen Verwaltung von Beteiligungen hinterfragt werden solle. Gerade bei Wirtschaftsbeteiligungen solle überlegt werden, ob es effizienter wäre, Beteiligungen zusammenzufassen und gemeinsam verwalten zu lassen. Die Kunden sollen mit einer gewissen Technologie unterstützt werden. Der Beteiligung selbst würde dies zu Gute kommen, wenn hier eine entsprechende Überlagerung geschaffen werde. Durch ein gemeinsames Gremium könne eine bessere und straffere Organisation gewährleistet werden. Auch überlegt werden solle, was wirklich originäre Belange des Landkreises sind bzw. ob nicht vorteilbar sei, mit benachbarten Gebietskörperschaften eine Beteiligung wahrzunehmen.

Daraufhin informiert **der Vorsitzende**, dass ein Büro beauftragt wurde, in einem überschaubaren Kostenrahmen dieser Fragestellung dem Grunde nach anzugehen. Fragen, wie eine Zielsetzung erfolgen könne, eine Kontrolle der Ziele stattfinden, welche Interessen der Landkreis über seine Beteiligungen verfolge, werden hierüber geklärt. Auch müsse eine Abstimmung erfolgen, falls andere Gebietskörperschaften mit ins Boot genommen werden sollen. In der nächsten Sitzung solle ein erstes Zwischenergebnis präsentiert werden.

Laut **KR'in Jung** solle auf ein Mitspracherecht des Landkreises geachtet werden. Die Struktur einer solchen GmbH sei schwierig, gerade wenn ein Kommunalunternehmen mit berücksichtigt werde. Wichtig für sie sei, dass dem gewählten Gremium ein Mitspracherecht eingeräumt werde.

KR Buhl verwies auf den Beteiligungsbericht des Bezirkes Schwaben. Als dieser vorgestellt wurde, habe er angeregt, dass wesentliche Beteiligungen herausgenommen werden sollen. Eventuell bestehe auch hier die Möglichkeit die eine oder andere Beteiligung durchzudiskutieren.

TOP 4 Verschiedenes

Keine Vorlagen vorhanden.

TOP 5 Wünsche und Anfragen

Keine vorhanden.

14. Sitzung des Kreisausschusses (im Anschluss an die Kreistagssitzung) 27.07.2009